

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Dr. Karl Addicks,  
Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/8176 –**

### **Potenziale der Tourismusbranche in der Entwicklungszusammenarbeit durch Aufgabenbündelung im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ausschöpfen**

#### **A. Problem**

In dem Antrag fordert die Fraktion der FDP die Bundesregierung auf, ihre bisherige Förderpolitik im Bereich Tourismus und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu korrigieren. Die Bundesregierung solle ein Gesamtkonzept erstellen, in dem sie Schwerpunkte festlege und die Förderung effizienter Projekte vorsehe.

Eine weitere Forderung ist die Neubewertung der bisherigen Tourismusförderung in Entwicklungsländern hinsichtlich ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Effizienz. Dabei müssten die Förderschwerpunkte zusammen mit der Tourismuswirtschaft festgelegt werden, damit sich die Förderung auf zukunftsweisende Projekte konzentrierte. Die von den Antragstellern angestrebte Konzentration der touristischen Aufgaben im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) solle es ermöglichen, die Potenziale der Tourismusbranche in der Entwicklungszusammenarbeit auszuschöpfen und dadurch die wirtschaftliche Situation der Menschen in den Entwicklungsländern nachhaltig zu verbessern. Gemeinsam mit der Tourismuswirtschaft sollte auch weiterhin ein entschiedenes Vorgehen gegen „Sextourismus“ gewährleistet werden.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,  
DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der  
Fraktion der FDP**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/8176 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

### **Der Ausschuss für Tourismus**

**Marlene Mortler**  
Vorsitzende

**Jürgen Klimke**  
Berichterstatter

**Dr. Reinhold Hemker**  
Berichterstatter

**Ernst Burgbacher**  
Berichterstatter

**Dr. Ilja Seifert**  
Berichterstatter

**Bettina Herlitzius**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Dr. Reinhold Hemker, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 146. Sitzung am 22. Februar 2008 den Antrag auf **Drucksache 16/8176** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

### II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 75. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmhaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/8176 in seiner 66. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass Tourismuspolitik als Querschnittsaufgabe beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) angesiedelt sei. Tourismuspolitische Fragen würden aber auch in anderen Ressorts unter den speziellen Gesichtspunkten des jeweiligen Ressorts behandelt. So würde beispielsweise im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Tourismus unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten gesehen. Dieses Bundesministerium habe auch die dazu notwendigen Kenntnisse über die Bedingungen in den Partnerländern. Folge man dem Antrag, müsste man konsequenterweise auch alle tourismuspolitischen Angelegenheiten, die dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung obliegen, dem Bundes-

ministerium für Wirtschaft und Technologie übertragen. Dies mache aber keinen Sinn, insbesondere nicht neun Monate vor Ende einer Legislaturperiode.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass es sinnvoller wäre, statt bestimmte Sektoren an einer Stelle zusammenzuziehen, den Tourismusbeauftragten und das Tourismusreferat im BMWi zu stärken, ohne damit andere Ressorts schwächen zu wollen. Dies würde ein wirklich kohärentes Handeln zwischen den Ressorts ermöglichen.

Die **Fraktion der FDP** stellte heraus, dass zukünftig auch touristische Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden sollen. Voraussetzung dafür müsste allerdings sein, dass sie auch effizient seien. Dazu müsste mit der Tourismuswirtschaft zusammengearbeitet und die Projekte federführend im BMWi angesiedelt werden. Dies hätte auch die Verlagerung von finanziellen Mitteln und Personal zur Folge, aber man könne den Bereich Tourismus im BMWi nicht stärken, ohne von anderen Ressorts Zuständigkeiten und Mittel auf das BMWi zu verlagern. Es gebe in einigen Ressorts Aufgaben, die tourismuspolitische Aspekte hätten und die sich zu einer Verlagerung in das BMWi anböten. Es wäre erfreulich, wenn der Antrag eine diesbezügliche Diskussion anstoßen würde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begrüßte den Antrag als Grundlage für die Diskussion, ob man alle tourismusrelevanten Ressorts im BMWi zusammenziehen wolle oder nicht. Verstehe man Tourismuspolitik jedoch als Querschnittsaufgabe, dann sei dies der falsche Weg. Die Fraktion DIE LINKE. sei für die Schaffung eines Tourismusministeriums, aber unabhängig davon müssten in vielen anderen Ressorts weiterhin die Belange des Tourismus bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass der Ausschuss für Tourismus darüber informiert werden müsse, wenn in anderen Ressorts Fördermittel für touristische Projekte vergeben würden. Eine Herauslösung aus den jeweiligen Bundesministerien sei nicht nötig. Viel wichtiger sei es, dass im BMWi eine Abteilung Tourismus mit einer entsprechenden personellen Ausstattung geschaffen werde, die es erlaube, sich auch mit Themen wie Tarifpolitik, Unterstützung von Gastronomie und Handwerk und Investitionsförderung im Bereich Tourismus intensiv zu beschäftigen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

**Jürgen Klimke**  
Berichtersteller

**Dr. Reinhold Hemker**  
Berichtersteller

**Ernst Burgbacher**  
Berichtersteller

**Dr. Ilja Seifert**  
Berichtersteller

**Bettina Herlitzius**  
Berichterstellerin

